

**Postulat CVP-Fraktion:  
«Sicherstellung der Grundversorgung**

Fragen der Grundversorgung und des sog. Service publics beschäftigen zur Zeit in mehreren Bereichen die Öffentlichkeit. Die schweizerische Post will ihr Poststellennetz in den nächsten 5 Jahren dem veränderten Kundenverhalten anpassen, indem sie das Netz jährlich um über 100 auf rund 2500 Poststellen reduziert.

Dieses aktuelle Beispiel sowie generelle Liberalisierungstendenzen durch Öffnung der Märkte in den Bereichen der Energieversorgung, der Telekommunikation, des Verkehrs und der Gesundheit führen zur Verunsicherung eines Teils der Bevölkerung. Befürchtet werden eine ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Chancen je nach Region und innerhalb einer Region und ein teilweiser Abbau von Dienstleistungen im öffentlichen Bereich.

Es ist dringend, dass die Zusammenhänge dieser Entwicklungen und ihre Bedeutung für den Kanton St.Gallen aus der Sicht der kantonalen Politik dargestellt werden und dass damit eine Grundlage geschaffen wird für politische Massnahmen in diesen Fragen. Dabei kann es nicht um eine ziellose Bekämpfung von Veränderungen gehen, sondern um das Aufzeigen der Handlungsmöglichkeiten im Interesse der Bevölkerung des Kantons.

Die CVP-Fraktion lädt die Regierung deshalb ein, dem Grossen Rat Bericht zu erstatten, in welchem u.a. auf folgende Fragen eingegangen wird, und erforderlichenfalls Antrag zu stellen:

1. Wie will die Regierung die Grundversorgung in unserem Kanton unter Berücksichtigung neuer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sicherstellen?
2. Erachtet sie die Festlegung von Mindeststandards (qualitativ und quantitativ) einer Grundversorgung als sinnvoll, wo sieht sie dafür Durchsetzungsmöglichkeiten und mit welchen Kostenfolgen daraus ist zu rechnen?
3. Mit welchen Finanzierungsmodellen soll in Zukunft die Grundversorgung dort abgesichert werden, wo öffentliche Mittel dafür benötigt werden?
4. Wie will die Regierung auf den Druck des liberalisierten Marktes auf öffentliche Unternehmen reagieren?
5. Wo ist die politisch kontrollierte öffentlich-rechtliche Organisationsform aufrecht zu erhalten, wo kann und soll sie durch privatrechtliche Organisationsformen abgelöst werden? Welches sind je die Vor- und Nachteile einer Organisationsform, u.a. was die Sicherheit und Qualität der Versorgung, Haftungsfragen etc. betrifft?
6. Wie kann politisch verantwortliches Handeln für die Grundversorgung der Bevölkerung in den im Service public tätigen Unternehmen nach einer Privatisierung sichergestellt werden (z.B. durch Verpflichtung auf Ethik-Management-Systeme)?»

19. Februar 2001

CVP-Fraktion